

Niederschrift

(HFGPA/005/2013)

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 17.04.2013, 16:00 - 17:50 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der / die Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:45 Uhr

- | | | |
|-------|--|----------------------------|
| 8. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 9. | Demographisches Personalmanagement - Gesund alt werden bei der Stadt Erlangen; Zwischenbericht | 111/071/2013
Beschluss |
| 10. | Ausbildungskapazität 2014 | 111/115/2013
Beschluss |
| 11. | Änderung der Dienstvereinbarung über die leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadt Erlangen (DVLoB) | 112/087/2013
Gutachten |
| 12. | Medical Valley Center GmbH;
26. Gesellschafterversammlung und Aufsichtsratssitzung am 02.05.2013 | II/220/2013
Beschluss |
| 13. | Mittelbereitstellungen | |
| 13.1. | Gewässerökologische Maßnahmen am Dechsendorfer Weiher - Wiederherstellung Röttenbach; Mittelbereitstellung | 31/212/2013
Beschluss |
| 14. | Wahlberichterstattung mit reduziertem Umfang | 30-S/006/2013
Beschluss |
| 15. | Anfragen | |

TOP 8

Mitteilungen zur Kenntnis

Siehe TOP 9

TOP 9

111/071/2013

Demographisches Personalmanagement - Gesund alt werden bei der Stadt Erlangen; Zwischenbericht

Sachbericht:

Mündlicher Zwischenbericht durch die Projektleitung „Demographisches Personalmanagement – Gesund alt werden bei der Stadt Erlangen“

Protokollvermerk:

Frau Dr. Höschele berichtet mündlich über das derzeitige Verfahren. Es ist vorgesehen, im Herbst 2013 einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Gespräche und Workshops vorzulegen und einen Vorschlag zu präsentieren, wie die Gefährdungsbeurteilung weitergeführt und das Thema Gesundheit in die einzelnen Instrumente der Führung, Zusammenarbeit und Arbeitsorganisation stärker verankert werden kann.

Ergebnis/Beschluss:

Der mündliche Zwischenbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10

111/115/2013

Ausbildungskapazität 2014

Sachbericht:

1. Ausgangslage

Die Stadt Erlangen ist bestrebt, insbesondere in den Verwaltungsberufen (QE 3, QE 2, VFA), selbst auszubilden, da eigens ausgebildetes Personal zielgerichteter auf die künftigen Bedarfe und Anforderungen unserer dienstleistungsorientierten Stadtverwaltung hin entwickelt werden kann.

Aktuell gibt es im Bereich des Erlanger Ausbildungsmarktes mehr Ausbildungsplätze als Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Die Stadt Erlangen steht insofern mit ihrem

Ausbildungsangebot in zunehmender Konkurrenz zu anderen Ausbildungsbetrieben aus dem öffentlichen Dienst und aus der Privatwirtschaft.

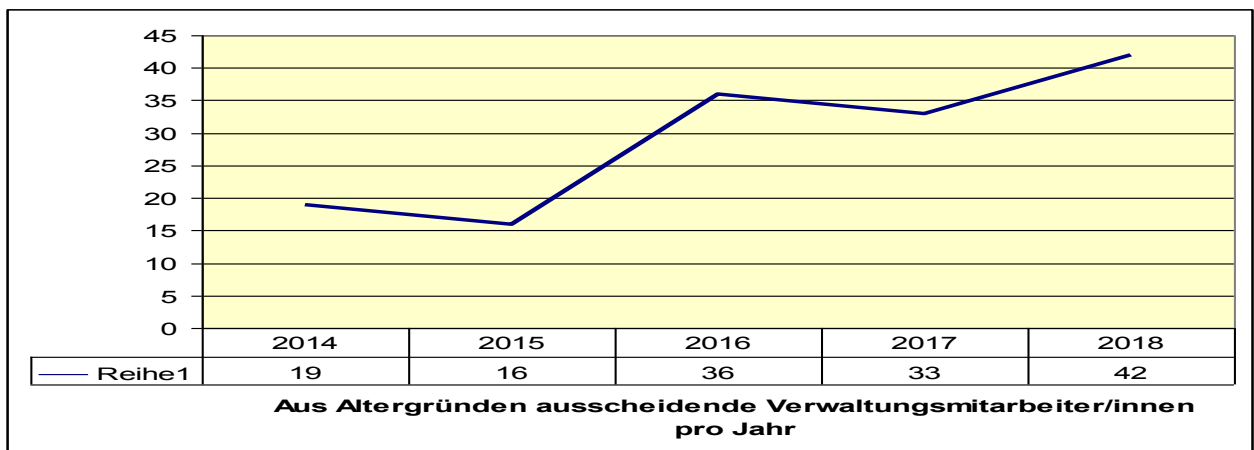
Seit dem Jahr 2011 sind, trotz erhöhter Anstrengungen im Rahmen des Ausbildungsmarketings, in den Verwaltungsberufen rückgängige Bewerberinnen- und Bewerberzahlen zu beobachten.

Mittelfristige Prognose Ausscheiden aus Altersgründen und Personalfluktuaton

Soweit zum heutigen Zeitpunkt absehbar, werden in den Verwaltungsberufen (QE 2-4 und VFA ab TVöD 5) in den kommenden fünf Jahren eine steigende Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Altersgründen ausscheiden.

Der ansteigende Trend bedeutet, dass die Stadt Erlangen im Vorgriff auf die Jahre ab 2016 vermehrt Verwaltungsberufe ausbilden muss, um den Bedarf intern decken zu können.

Hier sind nicht absehbare und noch unbekannte vorzeitige Ruhestandsfälle nicht berücksichtigt.



Hinzu kommt die Fluktuation aus anderen Gründen (Stellenwechsel, Erkrankung, etc.). Diese ist nicht vorhersehbar. Hier können wir nur auf Erfahrungswerte zurückgreifen. Diese Fluktuation lag bei der hier betrachteten Gruppe in den Jahren 2011 und 2012 im Schnitt im Beamtenbereich bei 7 und im Bereich der Tarifbeschäftigten bei 57 personellen Wechseln pro Jahr.

Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser steigende Bedarf an Fachkräften durch externe Stellenbesetzungen ausgeglichen werden kann, sinkt mit Blick auf die oben beschriebene demografische Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Ausbildung, die anschließende Weiterbeschäftigung und auch die interne Weiterqualifizierung nach Abschluss der Ausbildung zunehmend an personalpolitischer und strategischer Bedeutung.

In der Folge müssen

1. die Werbeaktivitäten für Nachwuchskräfte noch mehr verstärkt und zielgruppengerecht gestaltet werden,
2. die Zahl der Ausbildungsplätze und Ausbildungsbeauftragten in den Dienststellen im Verwaltungsbereich in den nächsten Jahren steigen,
3. Maßnahmen der internen Weiterqualifizierung weiterentwickelt, systematisiert und seitens des Arbeitgebers Stadt stärker gefördert werden.

2. Ergebnis/Wirkungen

Der Bedarf an künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Dienststellen der Stadt Erlangen kann kurz-, mittel- bis langfristig gedeckt werden.

Infolge von Fluktuation und Ruhestand frei werdende Stellen können mit gut ausgebildeten Nachwuchskräften schnell besetzt werden.

3. Produkte und Maßnahmen

Durch ein intensives Ausbildungsmarketing soll ein qualifizierter Adressatenkreis erschlossen werden.

Gemäß Art. 33 i. V. m. Art. 3 GG werden die Ausbildungsplätze öffentlich ausgeschrieben und unter Berücksichtigung des Leistungsgrundsatzes in einem transparenten Auswahlverfahren besetzt. Maßstab für dieses Handeln ist dabei der Grundsatz der Leistung, Eignung und Befähigung und der Chancengleichheit. Dabei wird ein hohes Augenmerk auf das Thema Diversity, Erhöhung des Migrationsanteils bei den Beschäftigten und der Inklusion mit seinen verschiedenen Ausprägungen gelegt.

Volontariate:

Für das zusätzliche Volontariat in der Jugendkunstschule wird aus rechtlichen Gründen ein Ausbildungsplatz geschaffen. Die Volontariate werden jeweils für die Dauer von zwei Jahren befristet ausgeschrieben und besetzt.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Entsprechend des Beschlusses zur Haushaltskonsolidierung 2011 wird seit dem Jahr 2012 die Anzahl an angebotenen Ausbildungsplätzen über Bedarf entsprechend reduziert. Die Stadt Erlangen hat deshalb ihr Angebot an über Bedarf angebotenen Ausbildungsplätzen kontinuierlich abgebaut und zunächst um die Hälfte - d.h. je jährlich begonnenem Ausbildungszyklus auf fünf Ausbildungsverhältnisse - reduziert.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

33 neue Stellen für 4 Monate in 2014		
Sachkosten (Ausbildungskosten im engeren Sinn) ohne Eigenbetriebe	75.200 €	Kostenstelle: 110090 Kostenträger: 11150011
Personalkosten (brutto) ohne Eigenbetriebe	144.106 €	Kostenstelle: 113011 Kostenträger: 11150011

Für das Haushaltsjahr 2014 entstehen für alle bestehenden Ausbildungsverhältnisse

Sachkosten in Höhe von	447.673 €
Personalkosten in Höhe von	935.915 €
Die Gesamtkosten für das Haushaltsjahr 2014 belaufen sich auf	1.383.588 €

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 werden die erforderlichen Sach- und Personalkosten bei der Stadtkämmerei angemeldet werden.

Die Sachkosten enthalten anteilig Finanzmittel für Aufstiegsfortbildungen und Zuschüsse für Weiterbildungen.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf lVP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

6. Beschlusskontrolle 2013

Bis auf einen Ausbildungsplatz im gewerblich-technischen Bereich (Fachkraft für Abwassertechnik), welcher aufgrund des vorhandenen Bewerberpotenzials nicht besetzt werden konnte, wurden alle Ausbildungsplätze besetzt.

Die Bewerbungsfrist für die Besetzung einer Stelle als Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) läuft noch bis zum 30.04.2013.

Protokollvermerk:

Frau StRin Pfister beantragt, den Beschluss zur Haushaltskonsolidierung 2011 aufzuheben und die Zahl der Ausbildungsstellen um 5 Nachwuchskräfte (ausgenommen feuerwehrtechnischer Dienst) zu erhöhen. Der Antrag wird mit 5 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Ergebnis/Beschluss:

Im Jahr 2014 sollen voraussichtlich insgesamt 33 Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon

- 25 Nachwuchskräfte im Verwaltungsbereich
(darunter 3 Nachwuchskräfte nach dem Soldatenversorgungsgesetz)
- 5 Nachwuchskräfte im gewerblich-technischen Bereich und
- 3 Nachwuchskräfte im feuerwehrtechnischen Dienst.

Ergänzend wird neben dem bereits bestehenden Volontariat im Kunstpalais ein weiteres Volontariat in der Jugendkunstschule dauerhaft eingerichtet.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 11

112/087/2013

Änderung der Dienstvereinbarung über die leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadt Erlangen (DVLoB)

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

Durch die in der neuen Fassung der DVLoB aufgeführten Änderungen und Ergänzungen sollen die Leistungsanreize für die Beschäftigten der Stadtverwaltungen weiterhin attraktiv gestaltet sowie eine einheitliche Handhabung in den Fachbereichen gewährleistet werden. Die Änderungen der DVLoB sind in der Anlage 1 textlich fett gedruckt und unterstrichen dargestellt.

Änderungen im Tarifbereich

In der ursprünglichen Fassung des § 6 Abs. 6 DVLoB (Regelung der vorgezogenen Stufenvorrückung) war die gleichzeitige Gewährung von Stufenaufstieg und Leistungsentgelt grundsätzlich ausgeschlossen. Nur in sehr eingeschränktem Umfang konnten Ausnahmen davon genehmigt werden.

Durch die neue Fassung des § 6 Abs. 6 DVLoB steht der Betrieblichen Kommission künftig ein größerer Handlungsspielraum für die gleichzeitige Gewährung von vorgezogener Stufenvorrückung sowie des Leistungsentgeltes zur Verfügung. Die Neuregelung ermöglicht es, flexibel einzelfallgerecht reagieren zu können. Damit kann das besondere Engagement der Leistungsträger mit höheren finanziellen Anreizen als bisher honoriert werden.

Im Hinblick auf die Festlegung einer Mindestbeschäftigungsdauer, der Stichtagsregelung für eine Ausschüttung bei Ausscheiden sowie der anteiligen Ausschüttung an Teilzeitkräfte wurde von den Fachbereichen bei der Ausschüttung von Leistungsentgelten bisher nicht einheitlich verfahren, da die DVLoB hierzu keine entsprechenden Regelungen enthielt.

Durch die Einführung der entsprechenden Regelungen soll den Dienststellen eine klare Empfehlung an die Hand gegeben werden, ohne jedoch begründete Ausnahmen gänzlich auszuschließen. Die Regelungen entsprechen weitestgehend den Empfehlungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes und werden bereits in dieser Form von einigen Dienststellen der Stadt Erlangen in der Praxis angewendet.

Die Änderungen im Tarifbereich wurden in der Sitzung der betrieblichen Kommission am 27.2.2013 abgestimmt.

Änderung im Beamtenbereich:

Die bisherige Fassung der DVLoB enthält die Gewährung einer Leistungsstufe für Beamtinnen und Beamten mit einer Vergabequote von 15 %. Diese Vergabequote wurde zunehmend weniger genutzt (2012: 33 Vergaben von 76 möglichen). Mit der Einführung des Neuen Dienstrechts verringern sich aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Leistungslaufbahngesetz (LlbG) die Möglichkeiten einer Leistungsstufenvergabe noch weiter.

Um auch in Zukunft Leistungsanreize für eine größere Anzahl von Beamtinnen und Beamten zur Verfügung zu stellen, sollen die Gewährung von Leistungsstufen abgeschafft und im Gegenzug der Vergabeumfang der Leistungsprämien von bisher 15% auf 20 % erhöht sowie der Prämienhöchstbetrag bei den Gruppenvergaben auf das 1,5 fache des Anfangsgrundgehaltes heraufgesetzt werden.

Diese Neuregelung ermöglicht es, dass künftig mehr Gruppenvergaben genutzt sowie den einzelnen Beamtinnen und Beamten der Gruppe größere Prämienbeträge zuerkannt werden können.

Außerdem können künftig nicht nur Beamtinnen und Beamte mit herausragenden besonderen Leistungen, sondern auch mit dauerhaft herausragenden Leistungen Prämien gewährt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Die Änderungen der DVLoB sollen rückwirkend zum 1.1. 2013 umgesetzt werden.

3. Ressourcen

Das Gesamtausschüttungsvolumen für den Tarifbereich ändert sich durch die Änderungen nicht.

Das gesetzlich vorgegebene Budget nach dem LlbG für den Beamtenbereich in Höhe von 1 % der Grundgehaltssumme wird eingehalten.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden
- sind nicht vorhanden

Ergebnis/Beschluss:

Die Dienstvereinbarung über die Gewährung der leistungsorientierten Bezahlung (DVLoB) in der in Anlage 1 enthaltenen Fassung wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrates, mit Wirkung ab 01.01.2013 geändert.

Abstimmung:

einstimmig angenommen
mit 14 gegen 0

TOP 12

II/220/2013

**Medical Valley Center GmbH;
26. Gesellschafterversammlung und Aufsichtsratssitzung am 02.05.2013**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die vom Vertreter in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrates der Zustimmung bzw. Genehmigung des Stadtrates bzw. des zuständigen Ausschusses.

Jahresabschluss und Entlastung

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 erfolgte auftragsgemäß unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes gem. § 316 ff. HGB durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baumgartner und Kollegen, Erlangen, die mit der Prüfung beauftragt wurde. Der Auftrag umfasste auch die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Die Prüfung wurde unter Berücksichtigung der IDW-Prüfungsstandards erstellt und hat **zu keinen Einwendungen** geführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 beträgt 693.454,72 € (Vj. 591.843,85 €), es wurde ein Umsatz von 1.306.743,14 € (Vj. 1.288.615,04 €) erzielt. Der Jahresüberschuss ist mit 93.042,93 € (Vj. 82.962,42 €) ausgewiesen und soll zusammen mit dem Gewinnvortrag zum 01.01.2012 in Höhe von 443.094,60 € auf neue Rechnung vorgetragen werden. Auf die **Anlagen 1 (Bilanz) und 2 (Gewinn- und Verlustrechnung)** wird verwiesen.

Ergänzend zur Situation und zur voraussichtlichen Entwicklung der Medical Valley Center GmbH wird nachfolgend auszugsweise auf den **Lagebericht 2012** verwiesen:

„Das Medical Valley Center (MVC) war während des Wirtschaftsjahres 2012 ganzjährig voll ausgelastet.

Es waren zwei Firmenauszüge zu verzeichnen, welche zu kurzfristig frei werdenden Flächen führten. Diese konnten innerhalb kürzester Zeit neu belegt werden.

Im Jahr 2012 wurde der seit 2010 bis einschließlich Ende 2012 abgeschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Medical Valley EMN e.V. bis einschließlich Dezember 2015 verlängert. Damit wird die in den vergangenen 3 Jahren positive Zusammenarbeit gefestigt bzw. fortgesetzt.

Auf Grund der seit Jahren revolvierenden Warteliste konnten die durch Auszüge von Mietern frei werdenden Flächen weiter vermietet werden. Was dazu führte, dass auch im Geschäftsjahr 2012 ein positives Geschäftsergebnis vorliegt. Die kumulierten positiven Nachsteuerergebnisse der letzten Jahre führen zu einem dem Unternehmen entsprechenden soliden Kapitalstock, welcher grundsätzlich ausreicht, um ein bis zwei Jahre mit Minderauslastungen und entsprechend weniger Erträgen weiterhin bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Dienstleistungsangebotes überbrücken zu können.

Die Medical Valley Center GmbH rechnet damit, dass ein Unternehmen Ende 2013 neue Flächen suchen wird und dementsprechend knapp 270 m² Mietfläche frei werden könnten. Ferner lässt sich derzeit nicht abschätzen, wie lange zwei weitere Unternehmen, welche zusammen ca. 800 m² Mietfläche belegen, noch als Mieter im Hause bleiben. Beide Unternehmen stehen kurz vor der Übernahme durch ein Industrieunternehmen. Die strategischen Entscheidungen, die sich aus den Übernahmeverhandlungen ergeben, sind derzeit nicht abzusehen. Es ist damit zu rechnen, dass zumindest eines der beiden Unternehmen ausziehen wird und im Jahr 2014 Anstrengungen unternommen werden, um diese beiden Auszüge zu kompensieren.

Im Hinblick auf den Aufbau eines neuen Innovationszentrums in Forchheim mit dem Themenschwerpunkt „Software in der Medizintechnik“, sowie der geplanten signifikanten Arbeitsplatzverlagerung der Siemens AG von Erlangen nach Forchheim, ist die Gründersituation grundsätzlich im Auge zu behalten. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Gründerunternehmen und damit die Zielkunden der Medical Valley Center GmbH von dieser Entscheidung nicht betroffen sind, da im überwiegenden Falle Ausgründungen aus der Universität das Mieterklientel des Centers stellen. Für diese Zielgruppe ist die enge Verknüpfung mit der Universität als absoluter Standortfaktor zu sehen. Demzufolge rechnet das Medical Valley Center nicht damit, dass sowohl die Zahl der Gründungen, wie auch die direkten Mietanfragen einbrechen werden.“

Ergebnis/Beschluss:

Der HFFPA weist den Vertreter der Stadt Erlangen an, in der 26. Gesellschafterversammlung am 02.05.2013 folgenden Beschlussvorlagen zuzustimmen:

- Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2012,
- Vortrag des Gewinnvortrages zum 01.01.2012 in Höhe von 443.094,60 € zusammen mit dem Jahresüberschuss zum 31.12.2012 in Höhe von 93.042,93 € auf neue Rechnung,
- Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2012,
- Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2012.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 13

Mittelbereitstellungen

TOP 13.1

31/212/2013

Gewässerökologische Maßnahmen am Dechsendorfer Weiher - Wiederherstellung Röttenbach; Mittelbereitstellung

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung 0 €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich für die Gesamtmaßnahme zur Verfügung (Planansätze)

	Vorjahre	80.000 €	
	HHJ 2013	300.000 €	
	HHJ 2014	640.000 €	
zzgl. Mittelbereitstellung 2013		180.000 €	1.200.000 €

Teilabwicklung im Haushaltsjahr 2013

Haushaltsmittel (Planansatz) 300.000 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 39.931 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von 0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 339.931€

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **519.931€**

Die Mittel werden benötigt auf Dauer

X einmalig von bis 31.12.2013

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis (Planansätze) 1.434.000 €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der ökologische Zustand am Flusswasserkörper RE 183 „Seebach mit Nebengewässern + Bimbach + Tiefenwaldgraben + Hirtenbach“ und hier speziell im Bereich des Dechsendorfer Weihers soll gemäß den Zielen der EG-Wasserrahmenrichtlinie deutlich verbessert werden, was letztendlich auch mit einer nachhaltigen Verbesserung der Gewässergüte im Dechsendorfer Weiher verbunden sein wird.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die bisher mäßige Gewässerstruktur ist durch die Wiederherstellung eines naturnahen Laufes des Röttenbaches zu verbessern. Die mäßige bzw. fehlende Durchgängigkeit ist durch einen naturnahen und tatsächlich auch durchgängigen Bachlauf wieder herzustellen.

Am beplanten Gewässerabschnitt sind Maßnahmen zur Habitatverbesserung im Gewässer durch Laufveränderung, Ufer- oder Sohlgestaltung einschl. begleitender Maßnahmen umzusetzen. Weiter sind Maßnahmen zur Verbesserung von Habitaten im Uferbereich (z.B. Gehölzentwicklung und Herstellung oder Entwicklung von Hochstauden/Röhricht) sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Habitaten im Gewässerentwicklungskorridor einschl. der Auenentwicklung zu fördern und zu etablieren.

Im neuen Röttenbach können zudem Nährstoffe, Sedimente und auch Fische aus dem Einzugsgebiet des Dechsendorfer Weihers um diesen herum ins Unterwasser des Weihers abgeleitet werden. Der Weiher ist dann nicht mehr im Hauptschluss sondern im Nebenschluss und damit bewirtschaftbar, was das Wasserregime anbelangt.

Damit der Röttenbach auch in den Sommermonaten nicht trocken fällt, muss der Bewirtschaftungsverbund mit dem Kleinen Bischofsweiher wieder aktiviert werden. Die Funktion als Retentionsraum mit einem Rückhaltevolumen von rd. 100.000 m³ bleibt erhalten. Das Speicherwasser soll neu für die zwingend notwendige Niedrigwasseraufstockung im neuen Röttenbach in den Sommermonaten genutzt werden.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Entwurfsplanung (Bauentwurf) vom 30.01.2013 für das Vorhaben „Gewässerökologische Maßnahmen am Dechsendorfer Weiher – Wiederherstellung Röttenbach“ wurde im UVPA am 12.03.2013 gemäß DA-Bau beschlossen.

Das notwendige öffentlich-rechtliche Genehmigungsverfahren ist eingeleitet. Dazu werden die Planunterlagen ab 28.03.2013 bei der Stadt Erlangen und auch beim LRA Erlangen-Höchstädt öffentlich ausgelegt. Im Rahmen der Auslegung von 4 Wochen können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift vorgetragen werden. Über die Einwendungen muss dann im Rahmen eines Erörterungstermins entschieden werden.

Der Antrag auf Zuwendungen des Freistaates Bayern wurde zur Fristwahrung 31.12.2012 bereits vorgezogen am 20.12.2012 gestellt. Beantragt wurde eine Anteilsfinanzierung des Freistaates Bayern mit 65 % der Kosten, zuzüglich 10 % Zuschlag, also insgesamt 75 %. Die Antragstellung war insofern fristbewährt, als der Zuschlag von 10 % bis 31.12.2012 befristet ist. Der Zuschussgeber hat zwischenzeitlich signalisiert, die Gesamtmaßnahme in etwa zwei gleichen Hälften in den Jahren 2013 und 2014 zu fördern.

Gemäß vorliegender Kostenberechnung zum Bauentwurf vom 30.01.2013 sind für die Maßnahme „Wiederherstellung Röttenbach“ Gesamtkosten einschl. 10 % Baunebenkosten in Höhe von brutto 1.200.000 € zu veranschlagen. Gegenüber der Kostenschätzung zum Vorentwurf vom 20.09.2011 ergeben sich damit Mehrkosten in Höhe von brutto 300.000 €.

Diese resultieren im Wesentlichen aus rd. 200.000 € für notwendige Bentonit-Abdichtungen und Böschungsstabilisierungen aufgrund der angetroffenen instabilen Baugrundverhältnisse (Ergebnis

Baugrundgutachten) und rd. 100.000 € für die notwendige Verlegung des Bachlaufes in den Endsee (Ausführung der wasserseitigen Begrenzung als Spundwand mit Schloss) zusammen.

Der weitere Zeitplan geht von einem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Genehmigungsverfahrens (Rechtskraft des Bescheides) bis Ende Juli 2013 und damit davon aus, dass Ausführungsplanung und öffentliche Ausschreibung zeitnah bis Ende September 2013 erfolgen. Einem Baubeginn im Oktober/November 2013 steht damit aktuell nichts entgegen.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Aufwendungen um

IP-Nr. 552.500 Wiederherstellung Röttenbach (Dechsendorfer Weiher)	Kostenstelle 310090 Allgem. KST Amt f. Umweltschutz u. Energiefragen	Produkt 5521 Leistungen für öffentliche Gewässer	180.000 € für Sachkonto 024202 Zugänge Aufb. u. Betriebsvorr. a. sonst. unbeb. Grundst.
---	---	--	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. 552.502 Dammsicherung Doktorsweiher, Ausgleichsmaßnahmen	Kostenstelle 310090 Allgem. KST Amt f. Umweltschutz u. Energiefragen	in Höhe von	180.000 € bei
		Produkt 5521 Leistungen für öffentliche Gewässer	Sachkonto 024202 Zugänge Aufb. u. Betriebsvorr. a. sonst. unbeb. Grundst.

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen
mit 12 gegen 2

TOP 14

30-S/006/2013

Wahlberichterstattung mit reduziertem Umfang

Sachbericht:

Der Ältestenrat hat aufgrund einer MzK des Amtes 33 zu dem Thema der Berichterstattung über die Ergebnisse der Wahlen 2013 und 2014 empfohlen, die Frage des Umfangs der Ergebnisberichterstattung für die nächsten Wahlen dem HFGA vorzulegen.

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Stadtrat hat am 25.02.2010 auf Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) (im Paket) u. a. beschlossen, dass auf die Wahlberichterstattung durch die Abteilung Statistik und Stadtforschung verzichtet werden soll, um Kosten einzusparen. Das Sachmittelbudget des Amtes 30 wurde anteilig gekürzt.

Dies bedeutet, dass bei sämtlichen Wahlen weder im Internet noch im Ratssaal Wahlergebnisse präsentiert werden. Es wird kein Wahl-Schnellbericht erstellt, der am Montagmorgen nach der Wahl verteilt werden kann und auch kein Wahlbericht nach

Feststellung des amtlichen Endergebnisses, der üblicher Weise den Amtlichen Seiten beigelegt wurde.

Die Verwaltung hat in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass die Wahlpräsentationen und die Berichte jedoch sowohl von der Politik, als auch von der Presse und der Öffentlichkeit jeweils stark nachgefragt werden. Auch für Nicht-Internetnutzer soll die Wahlberichterstattung zugänglich sein. Daher sollten die Präsentationen und die Berichte, zumindest in reduziertem Umfang, weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Abteilung Statistik und Stadtforschung soll auch in Zukunft bei Wahlen die Wahlergebnisse im Internet und im Ratssaal präsentieren. Die Schnellberichte und Wahlberichte mit kleinräumigen Ergebnissen sollen in Druckform erstellt und als PDF-Dokumente auch in das Internet eingestellt werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Interesse der Politik, Presse und der Öffentlichkeit an aktuellen Wahlergebnissen am Wahlabend soll durch Präsentationen im Internet und im Ratssaal befriedigt werden. Die Nachfrage nach den gedruckten Wahlberichten soll mit einer deutlichen Reduzierung der Auflagenhöhe und somit auch mit wesentlich geringeren Sachkosten gedeckt werden.

Arbeitszeiteinsparungen von bislang ca. 28 auf 20 Personentage sind zusätzlich möglich durch die teilweise Verwendung des AKDB-Programms. Der Umfang der Arbeitszeit ergibt sich nicht nur aus der Zusammenstellung der Ergebnisse für die Präsentationen und die Berichte, sondern auch aus der umfangreichen Vorarbeit, insbesondere durch die Vorbereitung für die kleinräumige Darstellung der Wahlergebnisse.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	ca. 750 € pro Wahl	bei Sachkonto: 543901
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden; ein (Verwaltungs-)Antrag auf Mittelbereitstellung für 2013 würde gestellt und für die Finanzplanjahre ab 2014 zum Haushalt nach- bzw. angemeldet.

Ergebnis/Beschluss:

1. An den Wahlabenden soll während der Ergebnisermittlung bis zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses über den aktuellen Stand der Auszählung im Internet und über eine Wahlpräsentation im Ratssaal informiert werden. Die Präsentation enthält Grafiken für das Gesamtergebnis der Stadt Erlangen und Karten mit den kleinräumigen Ergebnissen.
2. Noch an den Wahlabenden soll von der Abteilung Statistik und Stadtforschung ein Schnellbericht mit kleinräumigen Ergebnissen produziert und in einer Auflage von ca. 60 Stück gedruckt und am folgenden Montagmorgen verteilt werden; zusätzlich ist der im Schnellbericht enthaltene Inhalt in das Internet einzustellen.
3. Nach Feststellung des amtlichen Endergebnisses soll die Abteilung Statistik und Stadtforschung einen Wahlbericht zusammenstellen und in deutlich niedrigerer Auflage als bislang (ca. 500 statt bislang 3.300 Stück) drucken; der Inhalt dieses Berichtes ist ebenfalls in das Internet einzustellen.

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 14 gegen 0

TOP 15

Anfragen

Protokollvermerk:

Es werden folgende Fragen gestellt:

1. Herr StR Winkler fragt zu § 7 Absatz 8 DVLoB an, ob Überlegungen angestellt werden könnten, wie bei Wechseln innerhalb des städtischen Gesamtkonzerns Ausnahmen zugelassen werden können.
2. Herr StR Winkler weist darauf hin, dass sich durch eine Baumaßnahme in der Mozartstraße (Nähe Haus Nr. 61) Sand auf dem Fuß-/Radweg befindet. Weiterhin bittet er zu prüfen, ob durch eine entsprechende Beschilderung der Baustelle beim Kinderspielplatz eine Durchfahrt für Fahrradfahrer ermöglicht werden könnte.
3. Frau StRin Pfister fragt an, wie bei Wiederbesetzungssperren Ketteneffekte vermieden werden können, um zu verhindern, dass externe Bewerber bevorzugt werden. Herr Ternes teilt mit, dass sich dieser Effekt nach Einführung der Wiederbesetzungssperre nicht eingestellt hat. Gegebenenfalls kommt es zu finanziellen Auswirkungen im Personalkostenbudget, nachdem ein Wiederbesetzungsverfahren in der Regel länger als zwei Monate dauert. Sollte es zu einer Verkettung kommen, besteht die Möglichkeit, diese außerordentliche Härte im Budgetgespräch zu thematisieren.

Sitzungsende

am 17.04.2013, 17:50 Uhr

Der / die Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der / die Schriftführer/in:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU-Fraktion:

Für die SPD-Fraktion:

Für die Grüne Liste-Fraktion:

Für die FDP-Fraktion:

Für die Ausschussgemeinschaft ödp/FWG:

Für die Ausschussgemeinschaft:

Für die Erlanger Linke: